

Fairen Handel stärken

Mit Anreizen und Regelungen zu Fairen Lieferketten

von Maximilian Müngersdorff & Tim Stoffel,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 14.05.2020

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Der World Fair Trade Day am 9. Mai stellte die Fortschritte der Mitgliederorganisationen der World Fair Trade Organization (WFTO) heraus. Er erinnerte aber auch an die sozialen Missstände, die in vielen globalen Lieferketten bestehen, das heißt bei Akteuren, die an der Herstellung eines Produkts beteiligt sind, von der Rohstoffgewinnung bis zu dessen eigentlicher Produktion und dem Vertrieb. In vielen Lieferketten kommt es zu Verletzungen von Arbeits- und Sozialstandards, etwa in Form von Kinderarbeit, mangelhafter Arbeitssicherheit oder fehlender Vereinigungsfreiheit. Die COVID-19 Pandemie lässt diese Missstände deutlich zutage treten und verstärkt sie: Die negativen Folgen des Nachfragerückgangs sowie Fabrikschließungen in Folge von Stilllegungen treffen die Arbeiter*innen in den Produktionsländern des Globalen Südens besonders hart. Arbeitsrechtsorganisationen und Gewerkschaften aus dem Bekleidungssektor in Bangladesch berichten von Massenentlassungen und Fabrikschließungen. Der Verband der Bekleidungshersteller in Indien geht davon aus, dass 2,5 Millionen Menschen ihren Job während des Lockdowns verlieren und die Asian Floor Wage Alliance berichtet, dass Arbeiter*innen ihre Löhne vorenthalten werden. Für Menschen ohne finanzielle Rücklagen sind diese Umstände existenzbedrohend.

Aktuell verstärkt die Coronakrise soziale Missstände in vielen globalen Lieferketten. Kurzfristig gilt es, besonders betroffenen Ländern den Zugang zu Krediten zu erleichtern und Geldtransfers an bedürftige Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Wie aber können mittel- und langfristig angelegte politische Maßnahmen aussehen, die nicht nur die Symptome mildern, sondern auch ihre Ursachen angehen und somit Lieferketten, auch mit Blick auf künftige Krisen, fairer und widerstandsfähiger machen?

„Alle Unternehmen entlang globaler Lieferketten müssen Verantwortung für die soziale Situation der Arbeiter*innen übernehmen. Diese Verantwortung darf nicht an nationalen Grenzen enden.“

Alle Unternehmen entlang globaler Lieferketten müssen Verantwortung für die soziale Situation der Arbeiter*innen übernehmen. Diese Verantwortung darf nicht an nationalen Grenzen enden. Dass dies keineswegs selbstverständlich ist, zeigt der Versuch von vielen Bekleidungsmarken, darunter Burton Menswear in Europa oder das große australische Modeunternehmen Mosaic Brands, bereits produzierte Waren nicht mehr abzunehmen, Zahlungen zu verzögern und Rabatte für bereits laufende Aufträge auszuhandeln. Regierungen des Globalen Nordens sind dazu aufgerufen zu einem verantwortlichen Handeln von Unternehmen beizutragen. Sowohl durch Anreize, wie einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, als

auch durch Verpflichtungen, wie die rechtliche Verankerung unternehmerischer Sorgfaltspflichten.

Eine Anpassung der öffentlichen Beschaffung, die in Europa rund 14 Prozent des BIP generiert, kann entscheidende Anreize für einen nachhaltigen und sozialverantwortlichen Wiederaufbau globaler Lieferketten setzen. Eine *strategisch* ausgerichtete öffentliche Beschaffung ist die Voraussetzung für ein tieferes Verständnis von Lieferketten und Warenströmen auf Seiten der öffentlichen Beschaffer*innen und somit für ein sicheres und verantwortliches öffentliches Beschaffungsweisen. Der Aufbau eines strategischen öffentlichen Beschaffungsmanagements wird seit längerem von der Europäischen Kommission und der OECD gefordert. Es beinhaltet erstens organisatorische Komponenten, wie die Stärkung von Vergabestellen durch strategische Einkäufer*innen. Zweitens gilt es, strategische Beschaffungsziele wie die Förderung innovativer oder nachhaltiger Produkte festzulegen. Die aktuelle Debatte bietet öffentlichen Einrichtungen in Deutschland und Europa die Möglichkeit, ihr Beschaffungswesen krisenfester zu machen, sowohl mit Blick auf eine sichere Versorgung als auch hinsichtlich einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern.

Ein weiteres mögliches Instrument der deutschen Bundesregierung zur Stärkung fairer Lieferketten, ist die gesetzliche Verankerung unternehmerischer Sorgfaltspflichten. Diese gibt es in verschiedener Form bereits in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. In Deutschland wurde eine gesetzliche Regelung von der freiwilligen Verpflichtung zu unternehmerischer Sorgfalt abhängig gemacht. Bisher gibt es keine Hinweise darauf, dass eine breite Umsetzung erfolgt ist. Eine gesetzliche Regelung könnte dazu beitragen, auf allen Stufen der Lieferkette soziale und ökologische Mindeststandards zu garantieren, gerade auch bei Zulieferern in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Vielzahl der Unternehmen die jetzt oder bereits schon seit Jahren Verantwortung zeigen, würden durch die Schaffung gleicher Bedingungen für alle Marktteilnehmer gestärkt. Eine Verpflichtung müsste eine Balance zwischen Verantwortung und Umsetzbarkeit finden. Unternehmen sollen nicht für jede Arbeitsrechtsverletzung zur Verantwortung gezogen werden, aber grundsätzlich soziale Risiken in ihren Lieferketten identifizieren und bewerten, um gegebenenfalls Verbesserungen zu erwirken. Eine so gestärkte Reform des Lieferkettenmanagements würde zu größerer Verantwortlichkeit und Krisenfestigkeit in Lieferketten beitragen.

Angesichts der COVID-19 Pandemie versuchen Regierungen aktuell, in erster Linie lebenswichtige nationale Bedarfe sicherzustellen. Mit der Entspannung der gesundheitlichen Krise, gilt es den Fokus anzupassen: Ein Wiedererstarken der Weltwirtschaft sollte mit mehr Verantwortung für faire Bedingungen entlang globaler Lieferketten einhergehen.